

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 29. September 2020 · Nr. 226 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



AARGAUER KUNSTHAUS

Der Tanz in den Tod

Im Gegensatz zu Tieren lenkt sich der Mensch nicht nur durch Instinkt und Triebe. Vor allem in der Kunst erkennt er seine eigene Sterblichkeit, was in der Malerei seit Jahrhunderten in den «Totentänzen» dargestellt wird, auch noch in moderneren Zeiten, wie «La corde fatale» von Louis Adolphe Soutter von 1937/1942 zeigt.

Feuilleton, Seite 27

Politiker wollen keine US-Kampffjets

Nach dem Ja an der Urne geht der Streit um den Flugzeugtyp los

ryn./geo. · Es war knapp, aber jetzt ist klar: Die Schweiz kauft neue Kampffjets. Offen ist, welchen Flugzeugtyp die Armee beschaffen wird. Über die Typenwahl wurde bisher kaum öffentlich diskutiert. Regierung und Parlament vermieden dies nach dem Gripen-Fiasko im Jahr 2014 ganz bewusst. Doch kaum ist die Abstimmung vorbei, startet die Debatte über die Herkunft der Jets. Im Rennen sind noch vier Modelle. Zwei davon stammen aus Europa: das Kooperationsprojekt Eurofighter und die französische Rafale. Zwei weitere wollen amerikanische Anbieter der Schweiz verkaufen: die F/A-18 Super Hornet oder die F-35.

Die SP warnte schon im Abstimmungskampf vehement vor amerikanischen Flugzeugen. Sie verwies auf technische Kontrollmechanismen. Ob diese wirklich vorhanden sind, muss die Evaluation des Verteidigungsdepartements zeigen. Klar ist, dass mit dem Kauf eines Kampfflugzeugs Wartungs- und andere mögliche Partnerschaften einhergehen. Deshalb sind auch unter Mitte-Parlamentariern und Bürgerlichen Stimmen zu vernehmen, die fordern, dass die Schweiz ein europäisches Flugzeug kauft.

Parlament soll mitentscheiden

Die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter sagt: «Kampffjets sind nicht nur ein nationales Interesse.» Die Schweiz solle eine Luftwaffe haben, die sich ins europäische System einfüge. Die Aussenpolitikerin bezieht indirekt Stellung gegen amerikanische Jets: «Unsere Verbündeten sind die Europäer, das muss auch für die Luftwaffe gelten.» Das deut-

liche Votum überrascht, zumal Schneider-Schneiters Parteikollegin, Bundesrätin Viola Amherd, am Abstimmungssonntag daran erinnerte, dass vor dem Typenentscheid die militärischen Abklärungen abgeschlossen werden müssten. Politische Aspekte könne der Bundesrat danach einbeziehen. Ob und wie er dies tun wird, ist offen.

Für den FDP-Ständerat Andrea Caroni haben die militärische Leistungsfähigkeit und das Kosten-Nutzen-Verhältnis Priorität. Er sagt jedoch: «Bei gleicher Qualifikation müsste ein europäischer Anbieter bevorzugt werden.» Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz in einem Konflikt auf den Verbund mit Europa angewiesen wäre, sei gross. Auch der SVP-Ständerat Werner Salzmann betont, die militärischen Bedürfnisse seien zentral. «Sind zwei Modelle gleichauf, spielt die politische Komponente aber eine Rolle.» Dann müsse sich der Bundesrat fragen, ob er wirklich allein über den Typ entscheiden wolle: «Es wäre sicher schlauer, wenn die Regierung den Entscheid mit den Sicherheits- und Aussenpolitikern im Parlament konsolidieren würde.»

Bisher haben sich im Parlament primär Sicherheitspolitiker mit dem Kampffjet-Kauf befasst. Die CVP-Nationalrätin Schneider-Schneiter kritisiert, dass die Aussenpolitische Kommission (APK) die Sicherheitsaussenpolitik vernachlässige. Sie hat dazu am Montag einen Antrag bei der APK eingereicht: «Ich verlange eine Auslegeordnung zur geopolitischen Sicherheitspolitik und zur Rolle der Schweiz, bei der das Aussen- und das Verteidigungsdepartement involviert sein sollen.»

Es ist denkbar, dass bald auch eine Verbindung zwischen Kampffjet-Kauf und Rahmenabkommen thematisiert wird. Und zwar, falls die Schweiz beim Rahmenabkommen zusätzliche Punkte mit der EU nachverhandeln will. Die APK-Präsidentin Tiana Angelina Moser meint warnend, der Kampffjet dürfe nicht als Konzession an die EU genutzt werden: «Unsere Herausforderungen mit der EU können wir ohnehin nicht mit solchen Gegengeschäften lösen.» Mit dem Typenentscheid könne die Schweiz zwar ihre Verbindung zu Europa demonstrieren – aber es dürfe nicht nur darum gehen. Bürgerliche Parlamentarier argumentieren ähnlich.

GSoA droht mit Initiative

Aussenpolitisches Kalkül ist nicht der einzige Faktor, der nach der Evaluation Einfluss auf den Typenentscheid haben könnte. Zusätzlich droht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit einer Initiative. Wie genau diese aussehen könnte, sagen die Armeegegner nicht. Ins Visier der GSoA-Aktivistinnen dürften vor allem ein möglicher Entscheid zugunsten eines amerikanischen Jets geraten. Ob sie bei einer Initiative auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zählen könnten, ist ungewiss. Der konkrete Flugzeugtyp spielt für Nationalrätin Priska Seiler Graf (sp.) eine Rolle. Daneben sei aber auch die allgemeine Lage und Stimmung relevant: «Eine Volksinitiative braucht sehr viel Ressourcen an Manpower und Geld.» Zudem gebe es bei Initiativen die grosse Hürde Ständemehr. Deshalb müsse ein solcher Entscheid gut durchdacht sein.

Schweiz, Seite 11

Trump zahlt fast keine Steuern

Unklare Effekte auf Wahlchancen des US-Präsidenten

Die «New York Times» veröffentlicht nur Tage vor der ersten Fernsehdebatte der Präsidentschaftskandidaten neue Enthüllungen über Präsident Trumps Steuererklärungen. Das ist für die Opposition eine Steilvorlage.

PETER WINKLER, WASHINGTON

Die «New York Times» hat seit Sonntag in einer Serie von Artikeln angebliche Einzelheiten über Präsident Donald Trumps Steuerrechnungen aus den Jahren 2000 bis 2017 publiziert, die der Betroffene selber mit Klagen bis hinauf zum Supreme Court vor dem Auge der Öffentlichkeit verbergen will. Aus diesen Unterlagen leitet das Blatt ab, dass Trump einerseits nicht der erfolgreiche Geschäftsmann ist, als der er sich gern in Szene setzt. Andererseits soll er beim Verkleinern seiner Steuerbelastung – milde gesagt – sehr aggressiv vorgegangen sein. Trump sowie ein Anwalt seiner Unternehmensgruppe haben die Berichte umgehend und routinemässig als Falschmeldungen gebrandmarkt.

500 separate Rechtsgebilde

Im Wesentlichen bestätigen die «Times»-Artikel, nur zwei Tage vor der ersten Fernsehdebatte zwischen Trump und seinem Herausforderer Joe Biden, frühere Enthüllungen, die 2016, vor seiner Wahl, und später, im ersten Amtsjahr des neuen Präsidenten, veröffentlicht wurden. Sie sind aber deutlich konkreter. So zahlte Trump laut den neuesten Berichten 2016 und 2017 nur je 750 Dollar persönliche Einkommenssteuern auf Bundesebene. Über Zahlungen auf Ebene des Gliedstaats ist nichts bekannt.

In elf der achtzehn untersuchten Jahre (2000–2017) soll er überhaupt keine Bundes-Einkommenssteuern gezahlt haben. Seine gesamte Steuerlast habe in diesem Zeitraum rund 25 Millionen Dollar betragen. Für jemanden, der mit seinen Äusserungen und seinem Lebensstil den aussergewöhnlich erfolgreichen Geschäftsmann gibt, ist diese Summe beeindruckend klein. Das gelang ihm offenbar vor allem damit, dass er immer wieder grosse Betriebsverluste seiner Unternehmen sowie hohe Abzüge für persönliche Ausgaben geltend machte.

Einige seiner bekanntesten Investitionen sollen laut den Steuererklärungen wahre Geldvernichtungsmaschinen sein. Dazu gehören Golfplätze (315 Millionen Dollar Verlust) und das 2016 eröffnete Hotel Trump International in der Hauptstadt Washington (55 Millionen). Das weit gespannte Firmennetz mit rund 500 separaten Rechtsgebilden, fast alle im Alleinbesitz des Präsidenten, erlaubten es, grosse Profite aus der Vermarktung seines Warenzeichens, unter anderem auch im Fernsehen, gegen Verluste aufzurechnen.

Die Berichte erklären auch, warum Trump mit der nationalen Steuerbehörde IRS im Clinch ist. Er soll in den Jahren 2005 bis 2008 eine Steuergutschrift von rund 73 Millionen Dollar bezogen haben,

welche die IRS aber danach in Zweifel gezogen und angefochten hat.

Obwohl Trump Verluste geltend machte, führte er den Lebensstil eines Milliardärs, was ihm erlaubte, weitere Steuerabzüge zu machen. Die «Times» berichtet von Coiffeur-Rechnungen für Fernsehauftritte im Umfang von 70 000 Dollar. Make-up und Haarpflege seiner Lieblingstochter Ivanka sollen neun Trump-Firmen fast 100 000 Dollar gekostet haben. Trump soll sich aber auch hoch verschuldet haben und für Darlehen von insgesamt 421 Millionen Dollar persönlich haften. Allein 300 Millionen davon sollen in den nächsten vier Jahren fällig werden. Es ist unmöglich, zu sagen, ob und in welchem Mass Trump dafür geradestehen könnte. Im schlimmsten Fall hiesse das, dass ein amerikanischer Präsident im Amt betrieben werden könnte.

Die «Times» hat aus Gründen des Quellenschutzes darauf verzichtet, die Originaldokumente zu veröffentlichen,

Trumps Steuern

Kommentar: Im Strudel der Skandale geht alles unter. Seite 9

Steuervermeidung: Ein Geschäftsmann mit chronischen Verlusten. Seite 19

die sie von Personen erhalten haben will, die dazu legal Zugang hatten. Das ist nachvollziehbar, weil gedruckte oder kopierte Dokumente relativ einfach zurückverfolgt werden können. Das Vorgehen hat aber den unübersehbaren Nachteil, dass man sich auf das Wort des Blatts verlassen muss.

Die Enthüllung ist fünf Wochen vor der Wahl ein gefundenes Fressen für die Demokraten, die mit Entsetzen, Häme, Wut und Spott reagierten. Oft wird dabei der Vergleich mit der Steuerbelastung einfacher Arbeitnehmer gemacht, die Trump 2016 mit ihrer Stimme ins Präsidentenamt verholfen hatten. Auf der republikanischen Seite blieb es zunächst geradezu ohrenbetäubend still; es ist einer jener Momente, in denen sich Trumps Parteifreunde nicht wirklich vor ihren Präsidenten stellen wollen, aber noch viel weniger Lust haben, ihm in den Rücken zu fallen.

Bleibt weiter nichts haften?

Die grosse Frage ist natürlich, inwieweit diese Enthüllungen noch etwas an der Einstellung der Wählerinnen und Wähler ändern können. Sie kann aber – wenn überhaupt – erst nach dem 3. November beantwortet werden. Klar ist, dass die «Make America great again»-Aktivistinnen und überzeugten Anhänger Trumps die Sache als typische «Desinformation der links unterwanderten Mainstream-Medien» abtun.

Daneben gibt es ein grosses Wählerreservoir, das sich keinerlei Illusionen über die persönliche Integrität Trumps hingibt, ihn aber aus anderen Gründen dennoch wählt. Das macht Trump zum Teflon-Präsidenten, an dem bis jetzt trotz einer stetigen Flut von Skandalen nichts hängenbleibt. Dass sich daran etwas ändert, ist möglich, aber nicht gegeben.